



Bundeskongress 07. April – 09. April 2006, Kassel

Menschenwürdig leben und arbeiten

**Rede Franz Müntefering
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung**

Es gilt das gesprochene Wort

Franz Müntefering: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich sage zunächst einmal Glückwunsch an Ottmar für die Wahl mit einem stolzen Ergebnis. Auch Glückwunsch an diejenigen im Vorstand, die schon gewählt sind, es aber noch nicht wissen. Es wird aber wohl noch ausgezählt und gleich bekannt gegeben. Also, all denen, die im Vorstand mitwirken, gute Zusammenarbeit!

Genossinnen und Genossen, wenn man in eine Koalition kommt – ob in eine große oder in eine kleine –, dann gehen deshalb die Grundwerte nicht verloren und die Ziele einer Partei auch nicht. Aber eine solche Koalition setzt Grenzen, was das praktische Handeln angeht. Die demokratisch legitimierte Macht ist davon abhängig, wie stark man im Bundestag ist, mit welcher Macht beziehungsweise mit welcher Größe man in einer solchen Koalition vereint ist.

Am 18. September 2005 haben die Wählerinnen und Wähler in Deutschland klargemacht: Sie wollen nicht mehr Rot-Grün. Aber sie haben auch deutlich gemacht: Sie wollen nicht Schwarz-Gelb. Die Frage, der wir uns zu stellen hatten, war folgende: Kann man sich beiseite stellen und sagen: „Lasst die mal eine Minderheitenregierung machen oder lasst noch einmal wählen, bis das irgendwie einmal stimmig und eindeutig geworden ist“? Oder bewegt man sich in eine Verhandlungssituation hinein?

Wir sind ganz sicher, was die Handlungskraft angeht, Genossinnen und Genossen, schwächer, als es wünschenswert ist. Aber wir sind stärker, als es vor einem Jahr schien. Die Frage lautet: Was kann man aus dem, was uns die Wählerinnen und Wähler am 18. September mitgegeben haben, machen?

Wir haben, bevor wir begonnen haben zu verhandeln, ob es diese Koalition geben sollte, einige Bedingungen gestellt. Die erste Bedingung, die wir aufgeschrieben haben, lautete: Die Tarifautonomie steht. Der Flächentarif bleibt ein Instrument. Die Kuschelformel der betrieblichen Bündnisse, wie sie sich die Union vorstellt, kommt für uns nicht in Frage. Das war die erste Vorbedingung dafür, überhaupt in Verhandlungen mit der CDU/CSU einzusteigen. Ich sage ausdrücklich hier und auch bei anderen Konferenzen – nicht nur bei der AfA –: Das ist für Sozialdemokraten ein Kernpunkt dessen, was gehalten und bei uns im Land stabilisiert bleiben muss. Der Wohlstand bei uns im Land und die Demokratie haben auch davon gelebt, dass es starke Arbeitnehmer und starke Arbeitgebergruppen gegeben hat, die die Dinge miteinander verhandelt haben und die in der Regel nach heftigem Streit zu Entscheidungen gekommen sind, die für das Land gut gewesen sind.

Wir wollen nicht denjenigen nachgeben, die betriebliche Bündnisse wollen, die jenseits der Willensbildung der Gewerkschaften in jedem einzelnen Betrieb den Streit um die Entscheidung möglich machen. Das ist eine gefährliche Sache, die da versucht wird und die, wenn es Schwarz-Gelb gäbe, heute schon längst da wäre. Auch das ist ein Grund für mich und für andere zu sagen, wir müssen als Sozialdemokraten in dieser Koalition bestehen und dafür sorgen, dass eines in diesem Land klar bleibt: Wir wollen, dass auch in Zukunft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Interessen organisieren können, dass sie sie bündeln, dass sie sie erstreiten können und dass sie sie, wenn es nötig ist – was hoffentlich selten ist –, auch erstreiken können. Das ist hohes demokratisches Gut in diesem Land, und das muss auch in Zukunft so gelten.

Das kann man, Genossinnen und Genossen, aber nur hinbekommen, wenn die Sozialdemokraten in der Regierung sind. Die anderen sehen es ganz anders. Ich muss Euch nicht erklären wie der Mechanismus an der Stelle ist. Wenn die betrieblichen Bündnisse die Latte des Ermessens werden, werden die Gewerkschaften außen vor sein. Sie werden nicht mehr gefragt sein und nicht mehr Einfluss auf das nehmen können, was in dem jeweiligen Betrieb dann entschieden wird. Das bedeutet aber, dass Flächentarife keine Wirkung mehr haben. Sie können an jeder Stelle unterlaufen und verändert werden. Das wollen wir nicht.

Der zweite Punkt, den wir zur Bedingung gemacht haben, ist, dass die Nacht-, Feiertags- und Sonntagszuschläge bis zum Stundenlohn von 25 Euro steuerfrei bleiben. Auch das war eine längere Debatte, die wir zu führen hatten. Ich glaube, es war im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vor allen Dingen im Interesse derjenigen, die nachts, feiertags und sonntags gefordert sind, also die Krankenschwestern, die Busfahrer und auch andere.

Wir haben zum Dritten durchgesetzt, dass wir 3 % zusätzliche Steuern für die Supereinkommen erheben, für ein Einkommen von 250.000 Euro und mehr. Das ergibt ungefähr 1,2 bis 1,5 Milliarden Euro. Das haben sich die anderen auch nicht träumen lassen. Es ist trotzdem ein erklecklicher, guter Betrag, den wir an dieser Stelle hereinholen.

Wir haben abgelehnt, Betriebe bis zu 20 Beschäftigten aus dem Kündigungsschutz herauszunehmen. Wir haben alle Veränderungen zur Betriebsverfassung beziehungsweise zur Mitbestimmung, die dort gewünscht waren, abgelehnt.

Wir haben an einer Stelle eine Vereinbarung getroffen, die in den letzten Tagen und Wochen heftig diskutiert worden ist. Es geht um die Frage der befristeten Beschäftigung in den ersten zwei Jahren bei einer Neueinstellung und darum, ob man das durch eine Regelung ergänzt oder ersetzt, die eine Verlängerung der Probezeit von sechs auf maximal 24 Monate festlegt. Wir haben gesagt, eine Ergänzung kommt nicht in Frage; nur eines von beiden geht. Wir haben dann vereinbart, dass wir die Regelung der verlängerten Probezeit machen, dass wir dafür aber die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung auf zwei Jahre streichen.

Nun gibt es im Arbeitgeberlager und bei CDU/CSU im Moment Streit darüber, was denn eigentlich besser sei. Ich sehe mir das mit Gelassenheit an und habe gesagt: Es ist gestoppt; ich verfolge dieses Gesetz zunächst einmal nicht weiter. Die Union muss sich jetzt erst einmal klar darüber werden, was sie eigentlich will. Wir Sozialdemokraten wollten die Regelung, die jetzt im Koalitionsvertrag steht, eigentlich nicht. Deshalb war meine Botschaft in den letzten Wochen – das gilt unverändert –: Wenn der Koalitionspartner das nicht mit vollem Herzen will, machen wir einfach gar nichts und dann bleibt es bei dem, was wir haben. Das wäre mir auch am liebsten. So muss man es in einer Koalition machen: Miteinander verhandeln, zu Ergebnissen kommen, ehrlich miteinander umgehen, das, was vereinbart ist, halten aber die eigene Position auch verteidigen.

Der Koalitionsvertrag, liebe Genossinnen und Genossen, so, wie wir ihn abgeschlossen haben, ist jetzt die Grundlage für das Regierungshandeln. Manche mögen sich etwas anderes wünschen; Parteitage, Kongresse und Konferenzen mögen etwas anderes beschließen. Das, was darin steht, ist die Messlatte für das, was wir jetzt im Regierungshandeln umsetzen. Es ist wichtig und nötig, dass wir uns das selbst so erklären und dass wir es auch weiter all denjenigen, die auf uns schauen, erklären. Es ist wichtig, keine Illusionen über das, was geht und was nicht geht, aufzubauen.

Zu wichtigen Punkten ist Wichtiges beschrieben. Es wird anderes hinzukommen, weil man nicht eine ganze Legislaturperiode vorher gewissermaßen im Sandkasten abbilden kann. Es wird neue Entscheidungen geben müssen. Aber das, was vereinbart worden ist, gilt – von einem Parteitag der SPD so bestätigt mit der Entscheidung: Geht in die Koalition und macht es so, wie es vereinbart wurde.

Diese Koalitionsvereinbarung ist weiß Gott nicht rein sozialdemokratisch, aber es sind eine Menge sozialdemokratische Philosophie, eine Menge Ideen und viele ganz

konkrete Dinge dabei. Einige habe ich zuvor bereits angesprochen. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass wir Sozialdemokraten durchgesetzt haben, dass wir den Ausstieg aus der Atomkraft nicht aufheben werden. Wir werden die Kraftwerke auch nicht länger arbeiten lassen. Wir wollen, dass es eine neue Energiepolitik gibt, die stärker als bisher auch auf die erneuerbaren Energien setzt und die eine Energieperspektive für Deutschland und für die ganze Welt zeigt. Wir haben in den letzten Jahren einen guten Weg gefunden, den wir auch weitergehen wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

Das Energiethema ist im Übrigen nicht nur eines, das für unser Land wichtig ist. Es ist die Überlebensfrage der Menschheit überhaupt. Ich habe in meiner Jugend gelernt, dass 2,3 Milliarden Menschen auf der Welt leben. Es sind jetzt 6,3 Milliarden. Es werden im Jahre 2040/2050 neun Milliarden sein. Diese neun Milliarden Menschen wollen etwas essen und trinken und brauchen Energie. Die Frage lautet: Welche Energie nehmen sie denn? All denen, die sagen, die Atomkraftwerke seien sicher, sage ich immer: Was stellt ihr euch denn in der Welt vor? 5.000 oder 10.000 Atomkraftwerke? Und wohin dann mit dem Zeug? Das ist ein Flugzeug, das ohne Landebahn gestartet ist; das ist die Wahrheit.

Wie lange gibt es noch Öl? Wie lange gibt es noch Gas und Kohle? Das Öl ist am schnellsten weg. Es ist eigentlich eine Sünde, dass man es heute überhaupt noch zum Heizen nutzt. Im Grunde genommen müsste man es für die chemischen Prozesse einsetzen, damit wir noch eine Zeitlang etwas davon haben. Und was ist mit erneuerbaren Energien? Was kann man eigentlich tun? Wir haben im letzten Jahr 11 % des Stroms mit erneuerbaren Energien erzeugt. Was wäre, wenn wir das nicht getan hätten? Natürlich kostet es Geld. Wenn wir das nicht hätten, hätten wir noch mehr Öl kaufen müssen. Der Ölpreis des letzten Jahres hat dazu geführt, dass allein im letzten Jahr mehr als 30 Milliarden Euro für teures Öl aus dem Land hinausgingen, die uns am Binnenmarkt fehlten. Das kann keiner verhindern, wir nicht und andere Regierungen auch nicht. Das sind Spekulationen, die in der Welt laufen und die wir nicht aufhalten können. Die Konsequenz daraus ist, dass man versuchen muss, weg von dem Öl und von diesen Abhängigkeiten zu kommen und erneuerbare Energien stärker als bisher einzusetzen.

Im Bereich erneuerbare Energien haben wir inzwischen über 100.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Das können noch mehr werden. Die anderen Länder dieser Welt können noch stärker als wir erneuerbare Energien nutzen. Es gibt

Länder, beziehungsweise ganze Kontinente, wo die Sonne noch öfter als in Kassel scheint. Die Menschen dort können damit etwas machen und können damit richtig Energie erzeugen. Das ist ein Beispiel dafür, dass es große Entscheidungen gibt, bei denen es wichtig ist, dass wir unsere sozialdemokratische Duftmarke setzen. Sigmar Gabriel und andere haben auf dem Energiegipfel deutliche Zeichen gesetzt.

Wir müssen darauf hinwirken, so viele sozialdemokratische Ideen wie möglich im Handeln der Bundesregierung umzusetzen, aber wir müssen auch, liebe Genossinnen und Genossen, Probleme des Landes lösen. Und die Probleme sind nicht klein, nicht jetzt und nicht für die kommende Zeit. Deshalb muss man sich auf Parteitag und auf Kongressen immer vergegenwärtigen und klarmachen, was man wünscht, was man eigentlich möchte. Aber man muss auch das Augenmaß haben zu sagen, was möglich ist und wie man es mit wem umsetzen kann. Sonst steht man in der Ecke, hat einen schönen Katalog von Wünschen, aber man kann das alles nicht realisieren.

Wir haben drei Dinge, die in unserem Wahlmanifest gestanden haben, in den Koalitionsvertrag transportiert. Wir wollen eine starke, handlungsfähige Wirtschaft mit hinreichend viel Beschäftigung. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat. Wir wollen eine menschliche Gesellschaft. Das ist die Kurzformel für das, was wir uns vorgenommen haben, in dieser Koalition umzusetzen und mit sozialdemokratischem Gedankengut aufzufüllen.

Thema Nr. 1: Beschäftigung. Im letzten Jahr sind wir weit hinter dem zurückgeblieben, was Anfang letzten Jahres von der Wirtschaft und von den großen Experten angekündigt war. In diesem Jahr deutet sich an, dass es eine Reihe besserer, vernünftigerer Prognosen gibt und dass wir in diesem Jahr die Chance auf ein Wachstum haben, das über den 1,5 % liegt, die im Jahreswirtschaftsbericht vorgesehen waren. Wir wissen, dass ein solches Wachstum nicht unmittelbar und zwingend sofort zusätzlich Arbeitsplätze bedeutet. Aber es wird sich in der Lohnsumme, in Überstunden und dann letztlich bei den Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und auch am Arbeitsmarkt niederschlagen.

Der Weg muss jedoch weitergehen. Das ist nicht ausreichend. Deshalb haben wir das Programm mit den 25 Milliarden Euro begonnen, um zusätzliche Impulse am Binnenmarkt zu geben. Das, was an Modernisierung beziehungsweise an Instandhaltung von Wohnungen, Häusern und an Grundstücken und was an energetischer Gebäudesanierung stattfindet, wird in den vier Jahren dieser

Legislaturperiode steuerlich begünstigt. Die 25 Milliarden Euro, die wir unter anderem dafür ausgeben, bedeuten ein Investitionsvolumen von etwa 100 Milliarden Euro – es sind eher mehr –, das in Bewegung gesetzt wird. Die steuerliche Vergünstigung beträgt zum Beispiel 20 %, das bedeutet 600 Euro auf 3.000 Euro Arbeitskosten. Rechnet man das hoch, dann werden ungefähr 100 Milliarden Euro – eher etwas mehr – in Bewegung gesetzt, damit diese 25 Milliarden Euro seitens des Staates dann auch abfließen können.

Das sind Maßnahmen, die privates Geld mobilisieren, die dem Handwerk helfen und die den kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort helfen. Die energetische Gebäudesanierung ist nicht das Dümme, was wir in Deutschland machen können. Es ist sogar dringend, dass wir es machen, weil wir wissen, dass in Bezug auf den Wohnungsbestand beziehungsweise den Häuserbestand, den wir haben, noch ganz viel an Arbeit zu leisten ist, damit es energiepolitisch einigermaßen vernünftig wird. Die Häuser die es heute in Deutschland gibt – wir bauen solide – werden auch in 50 oder 60 Jahren noch stehen.

Es gibt heute Wohnungen, für die bezahlt man im Schnitt 50 Cent an Heizkosten pro Quadratmeter pro Monat. Es gibt aber auch Wohnungen, für die bezahlt man 3 Euro an Heizkosten pro Quadratmeter. Da ist ein richtiges Gefälle. Darüber reden wir wenig. Wenn man ein Auto kauft, lautet die zweite Frage, wie hoch der Verbrauch auf 100 Kilometer ist. Aber darüber, wie hoch der Energieverbrauch in Wohnungen und Häusern ist und was das kostet, wird in Deutschland wenig gesprochen. Es wäre schon gut, wenn wir das machen würden und wenn wir für die Arbeit, die dort zu tun ist, auch mobilisieren würden, damit wir Öl sparen, Energie sparen, die Umwelt schonen und zugleich zusätzliche Arbeitsplätze im Handwerk und bei den kleinen und mittleren Unternehmen schaffen.

Dieses 25-Milliarden-Euro-Programm könnten wir übrigens nicht machen, wenn wir die Mehrwertsteuer im nächsten Jahr nicht erhöhen würden. Ich weiß, dass Ihr das kritisch seht. Wir haben uns im Wahlkampf dazu geäußert. Die Frage lautete aber: Bekommen wir ein solches Aktionsprogramm, ein Wachstumsprogramm hin? Beides zusammen ging nicht. Hätten wir darauf verzichtet, dann wäre das andere weg gewesen. Ich glaube, dass es für den Arbeitsmarkt und für die Impulse in diesem Land sinnvoll ist, es so zu machen, wie wir es jetzt tun, zumal wir 1 Prozentpunkt der Mehrwertsteuer nutzen, um die Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu senken. Das heißt, es kommt von daher zum Teil auch wieder zurück.

Wir haben den Ländern und den Kommunen vier Milliarden Euro für den verstärkten Ausbau von Ganztagsgrundschulen angeboten. Das ist nicht nur aus Gründen des Arbeitsmarktes geschehen, liebe Genossinnen und Genossen, sondern auch aus Gründen der Integration. Dazu sage ich gleich noch ein Wort. Das ist eine ganz vernünftige Sache. Genutzt wird dieses Angebot sehr unterschiedlich intensiv. Es gibt Länder, die von dem Geld, das wir anbieten, gerade einmal 10 oder 12% nutzen. Aber das Geld kann man nutzen, auch zum Nutzen des Handwerks und zum Nutzen von Arbeitsplätzen. Das sage ich all denen, die sagen, wir müssten den Kommunen eine Chance geben, kommunale Programme zu machen. Aber von den vier Milliarden Euro, die wir zur Verfügung stellen, ist bisher nicht viel mehr als die Hälfte genutzt worden. Man muss dann auch zu Hause einmal dafür sorgen, dass sich die Kommunen bewegen und dass die Länder und die Kommunen die Dinge in Bewegung setzen.

Wir haben im letzten und in diesem Jahr den Kommunen jeweils 2,5 Milliarden Euro im Zusammenhang mit der Finanzierung der Kosten der Unterkunft im Rahmen von Hartz IV gelassen. Wir haben im Dezember einen Schnitt gemacht, für den ich viel Kritik geerntet habe, weil er den Bund viel Geld kostet. Wir geben in diesem Jahr 3,6 Milliarden Euro an die Kommunen. Davon sind 2,5 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen gedacht. Wir können aber nicht erzwingen, dass dieses Geld investiert wird, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist ein Punkt, der ganz wichtig für die Frage des Zusammenwirkens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist.

Wenn Ende dieses Jahres der Schuldenstand des Bundes um weitere 2,5 Milliarden Euro gestiegen ist, während der Schuldenstand der Kommunen um 2,5 Milliarden Euro gesenkt worden und wenn es nur auf den Konten dargestellt ist, dann ist am Markt gar nichts passiert. Die Vorstellung, man könnte mal einfach so etwas anschieben, wird durch die Realität des Zusammenwirkens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ad absurdum geführt. Wir müssen Wege finden, um die Dinge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die wir steuerlich oder durch Beiträge begünstigen wollen, auch wirklich in Bewegung zu setzen. Diesbezüglich arbeiten die Länder überaus unterschiedlich intensiv. Das Land Hessen befindet sich an der unteren Skala der Bereitschaft, diese Mittel einzusetzen. Ich kann nur empfehlen, das vor Ort und im Land auszutragen und dem Ministerpräsidenten und denen, die sagen, man müsse ihnen mehr Geld geben, damit die Bauarbeiter etwas zu tun haben, sagen, sie sollten das, was ihnen angeboten wird, dann auch nehmen

und so nutzen, dass die Kinder mehr Chancen haben, in Ganztagsgrundschulen zu gehen. Das ist nicht nur für die Arbeitsplätze, sondern auch für die Kinder. Es wäre doch eine vernünftige Sache, wenn wir das miteinander machen könnten.

Die Realität, liebe Genossinnen und Genossen, bei allem, was man dazu in den Prognosen finden kann, stellt sich wie folgt dar: Die Arbeitsplätze im produzierenden Bereich werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten abnehmen. Es wird immer leichtere Auf- und Abschwünge geben, aber das ist die Wahrheit, der man ins Auge blicken muss. Manche warten noch auf die großen Unternehmen mit 10.000 Beschäftigten, die irgendwo vom Himmel kommen und aufgebaut werden. Das wird nie wieder so kommen. Wir werden bald die Situation haben, dass die Flughäfen die größten Arbeitgeber sein werden, die es in Deutschland gibt. Das zeigt die Richtung: Mehr Dienstleistungen. Das heißt aber auch, dass wir kleine produzierende Betriebe stärker als bisher stützen müssen. Ich warne nur vor der Illusion, zu glauben, das alles sei leicht in Richtung einer stärkeren produzierenden Wirtschaft zu bewegen. Wir sind Exportweltmeister, aber von jedem Euro, den wir exportieren, haben wir 50 Cent aus dem Ausland ins Inland geholt, also importiert, und zwar auf der Basis von Arbeitsplätzen, die sich im Ausland befinden. Das kann man schlecht finden, aber das zeigt, wohin die Reise geht. Und das muss man, auch wenn man bei der AfA ist, in aller Deutlichkeit so sagen, damit wir eine Einschätzung dessen haben, wo wir uns bewegen und was zu tun ist.

Andere Bereiche gehen nach vorne. Ich habe mich in der letzten Zeit ein bisschen intensiver gekümmert und mir den Maschinenbau einmal angesehen. Ja, Genossinnen und Genossen, grandios! 25 % mehr Umsatz, 19 % zusätzliche Auftragseingänge auch in den letzten Monaten. Stellt man die Frage, wie viele Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen wurden, dann lautet die Antwort: Null. Nun kann man den Unternehmen natürlich sagen, sie müssten mehr Personal einstellen. Dann antworten die Unternehmen jedoch, dass sie das, was sie an Aufträgen haben, mit dem, was sie haben, und mit der steigenden Produktivität, die sie haben, erledigen können. Und ein Stück kaufen sie zu. Es gibt kein Bundesgesetz, mit dem man das verändern oder verbieten kann. Deshalb muss man sich damit auseinandersetzen, weil es die Konsequenz der Entwicklung ist, in der wir uns bewegen.

Zu dem gesamten Kapitel Arbeit gehören, liebe Genossinnen und Genossen, faire, existenzsichernde Löhne. Ich habe im April 2004 mit dem Thema Mindestlohn begonnen. Damals habe ich viel Kritik dafür geerntet – auch von Gewerkschaftern

und auch von meiner IG Metall –, weil sie der Auffassung waren, dass das überhaupt nicht möglich ist. Ich selbst war sehr zurückhaltend, weil es in gewisser Weise ein Eingriff in die Tarifautonomie im unteren Bereich ist. Als Gewerkschafter geht man nicht gerne an so etwas heran, weil man meint, das müssten sie selbst hinbekommen. Aber die Sache ist noch spannender. Jürgen Peters sagt mir „x Euro“, aber Franz-Josef Möllenberg sagt mit „y Euro“, weil in den Branchen ein riesiges Gefälle besteht, das man nicht einfach gleichmacherisch beiseite schieben kann.

Die Vorstellung, dass es einen bestimmten Lohn gibt, der für alle Arbeitnehmer in der Republik gilt, ist wegen der Differenzen, die es zwischen den einzelnen Branchen gibt, hoch problematisch. Diejenigen, die in dem Bereich „Nahrung, Genuss“ beschäftigt sind, für den Franz-Josef Möllenberg zuständig ist, beschäftigen sind, bitten darum, dass man es ihnen nicht kaputt macht. Die haben selbst vereinbarte Tariflöhne, wo vorne eine „4“ steht, die also im unteren Bereich liegen. Das ist doch die Wahrheit. Und die IG-Metall bittet darum, es ihr nicht kaputt zu machen, indem man die Löhne senkt.

Deshalb müssen wir, liebe Genossinnen und Genossen, darüber sprechen. Wir haben durchgesetzt, dass die Koalition im Herbst dieses Jahres einen Vorschlag dazu unterbreitet, wie mit existenzsichernden Löhnen umzugehen ist. Eines jedenfalls ist für mich ganz klar, und deshalb forcieren ich dieses Thema: Der Stundenlohn von 4,00 Euro – einen Stundenlohn von 3,50 Euro oder 2,98 Euro haben wir auch schon erlebt – ist sittenwidrig. Wer den ganzen Monat arbeitet und anschließend so wenig Geld im Portemonnaie hat, dass er sich ergänzend Arbeitslosengeld II holen muss, der kann sich mit Recht unfair behandelt fühlen. Das kann nicht sein. Derjenige, der voll jobbt, soll so viel Geld dafür bekommen, dass er sich und seine Familie davon ernähren kann. Dafür stehe ich, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben inzwischen 300.000 „Aufstocker“ – eigentlich sind es 900.000, aber die anderen sind Teilzeitbeschäftigte –, die voll arbeiten und anschließend Ende des Monats so wenig haben, dass sie ergänzendes Arbeitslosengeld II – früher sagte man „ergänzende Sozialhilfe“ – bekommen müssen. Es gibt in Deutschland übrigens auch 160.000 bis 170.000 Arbeitnehmer, die so wenig Arbeitslosengeld I bekommen, dass sie sich ergänzendes Arbeitslosengeld II holen. Das zeigt, dass diese Arbeitnehmer, die in Arbeitslosengeld I fallen, einen Lohn gehabt haben, der sehr niedrig ist.

Was kann man nun tun? Die CDU/CSU hat, als wir mit den Koalitionsverhandlungen begonnen haben, einen Kombilohn vorgeschlagen. Uns Sozialdemokraten fiel es schwer, das Wort „Kombilohn“ auszusprechen. Wir haben einen Mindestlohn vorgeschlagen. Das fiel den anderen schwer. Inzwischen – das halte ich für einen Fortschritt – können wir alle die Worte Kombilohn und Mindestlohn sagen, ohne dass uns jeweils schlecht wird. Das kann man vielleicht sogar als Lernbeispiel nehmen, liebe Genossinnen und Genossen. Man muss zunächst einmal wissen, welches das Ziel ist und was man will. Man darf die Instrumente nicht ideologisieren. Was ich will, ist, dass auch gering Qualifizierte in diesem Land Arbeit haben und dass sie dafür einen Lohn bekommen, von dem sie und auch ihre Familien leben können. Es ist ein Zielkonflikt, der darin steckt; das weiß ich. Aber man muss überlegen, was man tun kann. Was kann man im Bereich Kombilohn tun? Was kann man im Bereich Mindestlohn tun? Was kann man beim gesetzlichen Mindestlohn tun? Was kann man beim tarifrechtlichen Mindestlohn tun? Mir wäre es am liebsten, wir würden über den tarifrechtlichen Mindestlohn viele Probleme lösen. Dabei denke ich an das Entsendegesetz, das wir mit Rücksicht auf die unterschiedliche Situation in den einzelnen Branchen wählen. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen leider nur erreichen können, dass wir es um den Bereich Gebäudereinigung erweitern. Davon sind einige Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen betroffen. Bisher gab es das im Bau- und Abbruchgewerbe, und nun eben auch im Gebäudereinigungsbereich.

Es gibt eine Entsenderichtlinie in Europa, die wir in diesem Land extensiver als bisher nutzen können. Dabei gibt es allerdings ein Problem: Es muss ein bundeseinheitlicher Tarif vorhanden sein, damit man dieses Entsendegesetz anwenden kann. Das heißt nicht, dass die ganze Bundesrepublik als ein Tarifgebiet betrachtet wird, aber es muss in den einzelnen Tarifgebieten vergleichbare Regelungen geben. Darüber müssen wir auch mit den Gewerkschaften noch einmal sprechen. Was kann man tun, um diesen Weg zu gehen? Der tarifliche Mindestlohn über das Entsendegesetz heißt, dass die Politik im Grunde nur sagt, was man machen kann. Dann sind die Tarifparteien am Zuge, um zu entscheiden, wie hoch der Lohn denn eigentlich sein soll. Das ist mir am liebsten.

Ich bin auch offen für andere Überlegungen und für andere Ideen. Ich will Euch aber auf eine Schwierigkeit aufmerksam machen: Ich habe einmal ausrechnen lassen, wie es bei Hartz IV ist. Wie viel Lohn muss jemand eigentlich bekommen,

damit er vergleichbar so viel hat, wie er mit dem Arbeitslosengeld II hat. Ein Single ohne Kinder muss zwischen 4,80 und 5,00 Euro verdienen. Ein Alleinverdiener mit zwei oder drei Kindern braucht 10,50 Euro. Wie soll man das nun beantworten? Beim Arbeitslosengeld II kommt mit dem Geld des Vorstandes der Bedarfsgemeinschaft und der Familienmitglieder sowie den Wohnkosten etwas zusammen, das man mit einem einheitlichen Mindestlohn überhaupt nicht erreichen beziehungsweise ausgleichen kann.

Deshalb ist diese Frage meiner Meinung nach nicht einfach zu beantworten. Einfache Antworten nützen überhaupt nichts. Die Forderung, etwas in diesem Bereich zu machen, ist außerordentlich hilfreich für uns. Aber lasst uns in den nächsten Wochen und Monaten darüber sprechen, wie man diese Frage vernünftig beantworten kann. Es wird eine Kombination aus Mindestlohn und Kombilohn geben. Wir werden die Frage der Mini- und der Midi-Löhne einbeziehen müssen. Ich bin ja nicht blind und sehe schon, welche Probleme darin stecken und was wir mit dem, was dort stattfindet, ausgelöst haben. Die Tatsache, dass wir im letzten Jahr mehr an Beschäftigung, dafür aber weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland gehabt haben, was wiederum zu Lasten der Sozialkassen ging, kann die Lösung des Problems an dieser Stelle nicht sein.

Im Übrigen brauchen wir eine solche Regelung bezüglich eines gesetzlichen oder tarifrechtlichen Mindestlohns auch in Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie. Die Dienstleistungsrichtlinie scheint jetzt zustande zu kommen. Das Europäische Parlament hat dabei eine gute Rolle gespielt. Wir haben das Herkunftslandprinzip herausgestrichen, und vieles ist entschärft worden. Aber eines muss man immer sehen: Diese Dienstleistungsrichtlinie, die irgendwann zwischen 2008 und 2011 bei uns wirksam wird, so dass Dienstleister aus anderen europäischen Ländern hierher kommen können – abgesehen von den Bereichen, die ausdrücklich ausgenommen sind –, trifft keine Aussage zur Höhe der Löhne. Das heißt, die Dienstleister aus anderen europäischen Ländern können mit ihren Löhnen hierher kommen. Sie müssen das Haus entsprechend der Sicherheitsbestimmungen, die in Deutschland gelten, bauen und müssen sich bei all dem, was die Umsetzung angeht, an unsere Regelungen halten. Es gilt auch das Arbeitsrecht, das in Deutschland gilt. Aber die Lohnhöhe ist nicht fixiert. Deshalb habe ich, bevor wir in der Bundesregierung den Weg festgelegt haben, den wir in Europa mitgehen, dafür gesorgt, dass wir in der Spitze der Koalition noch einmal vereinbart haben, dass wir das alles nur mitmachen,

wenn wir zur Sicherheit der Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns in Deutschland tariflichen oder gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen.

Das ist übrigens auch ganz im Interesse des Europäischen Gerichtshofs, der uns schon mehrmals gesagt hat: „Ihr müsst die Möglichkeiten, die ihr in Deutschland habt, nutzen. Beschwerst euch nicht darüber, dass mit Lohn-Dumping in euer Land hineinregiert wird.“ Wenn wir Lohn-Dumping verhindern wollen – und das wollen wir verhindern –, dann muss man dafür sorgen, dass wir eine tarifrechtliche oder gesetzliche Mindestlohnregelung in Deutschland bekommen. Und in diesem Herbst wird es zum Schwur kommen. Wir brauchen so etwas; das ist überhaupt keine Frage.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Diskussion über Niedriglöhne, über existenzsichernde Löhne birgt eine Gefahr in sich. Von einigen wird diese Gefahr ganz bewusst in Kauf genommen, denn es wird der Eindruck erweckt, Niedriglöhne beziehungsweise Niedriglohnstrategien könnten eine Lösung für das Land überhaupt sein. Deshalb spreche ich vor allen Dingen von existenzsichernden Löhnen. Die Idee mit dem Niedriglohn geht in die falsche Richtung, wobei Koch hier in Hessen ganze vorne steht. Da müssen wir in der Politik eine klare Botschaft aussenden, aber natürlich auch die Tarifparteien und die Gewerkschaften, denn das kann man uns nicht vor die Tür kippen. Wir müssen alle miteinander eine klare Botschaft haben. Eine Niedriglohnstrategie ist für Deutschland die falsche Strategie. Niedriglohn können andere besser als wir. Wir müssen Hochleistungsland sein und damit Hochlohnland bleiben wollen. Darauf muss alles eingestellt werden, liebe Genossinnen und Genossen, und dafür müssen wir streiten. Alles andere geht in die falsche Richtung.

Wenn man aber Hochleistungsland bleiben will, dann wird sofort klar, dass wir etwas für Bildung, für Qualifizierung, für Forschung und für Technologie tun müssen. Das ist die entscheidende Größe, um die es geht. Wenn wir auch in den nächsten 10, 20 oder 30 Jahren Wohlstandsland und damit auch Hochleistungs- und Hochlohnland bleiben wollen, müssen wir in die Zukunftsfähigkeit des Landes insgesamt investieren. Das ist manchmal schwer zu vermitteln, weil man das Geld besser jetzt unmittelbar einsetzen möchte. Aber die schlichte Wahrheit ist, dass wir einen Teil dessen, was wir erwirtschaften, nehmen und in die Zukunftsfähigkeit des Landes investieren müssen. Wer heute nicht sät, wird morgen nicht ernten können.

Das ist die schlichte Wahrheit, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist an allen Stellen so. Ich weiß, dass das ganz schwer ist.

Aber ich sage Euch: Wir sind Exportweltmeister. Das ist aber kein Naturgesetz. In China gibt es Millionen erstklassig ausgebildete Ingenieure, die auch gerne mal Exportweltmeister sein möchten. Das hat es in der Geschichte schon öfter gegeben, dass es Länder und Städte gibt, über die in den Büchern steht, dass die einmal vorne waren. Und plötzlich lagen sie an der falschen Kurve des Flusses, die Anschlussstellen waren versandet, und dann standen sie auf einmal da. Wer will, dass Deutschland vorne bleibt, muss in Bildung, in Schule, in Ausbildung, in Qualifizierung, in Forschung und in Technologie investieren. Das muss auch die deutsche Arbeitnehmerschaft wissen. Nur wer das jetzt befördert, sorgt dafür, dass dieses Land morgen und übermorgen noch ein Wohlstandsland ist.

Wir haben beschlossen – das war ein weiterer Punkt, den wir vereinbart haben, bevor wir in die Koalition gegangen sind –, dass wir im Jahre 2010 drei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgeben. Das bedeutet, dass Bund und Länder, der Staat, im Jahre 2010 sechs Milliarden Euro mehr ausgeben müssten, als wir es heute tun. Wer den Haushalt einigermaßen im Blick hat, der weiß, dass es ein hartes Rennen werden wird, in einem Jahr sechs Milliarden Euro einzusetzen. Wir werden aber nicht daran vorbeikommen, ebenso wie Europa im Übrigen nicht daran vorbeikommt. Sonst werden uns andere überholen. Wir müssen das, was wir können, dann auch bereit sein, einzusetzen.

Aber es ist der Sozialdemokratie manchmal nicht fremd, technologische Entwicklungen sehr vorsichtig zu handhaben. Für mich ist die Magnetschwebetechnik, der Transrapid, immer das Paradebeispiel. Ich weiß nicht, wie bei Euch die Stimmung diesbezüglich ist. Ich war ein Jahr lang Verkehrsminister, und damals habe ich das Ding kennen und schätzen gelernt. Ich habe mich gewundert: Wir haben in Deutschland diese Magnetschwebetechnik entwickelt, wir haben sie 20 Jahre in Emsland im Kreis herumfahren lassen. Dann kamen die Chinesen und haben gesagt, der kann doch auch geradeaus fahren. Darauf hätten wir in Deutschland und in Europa auch kommen können, und dann hätten wir damit eine Menge Gutes machen können.

Lasst mich, liebe Genossinnen und Genossen, etwas zu den sozialen Sicherungssystemen sagen, dem zweiten großen Bereich, der für das Gefühl von Sicherheit oder auch von Unsicherheit der Menschen in unserem Land ganz

entscheidend ist. Ich glaube, dass das Problem der Unsicherheit, das in den vergangenen Jahren gewachsen ist, ganz besonders – neben der Arbeitslosigkeit – mit den Unsicherheiten zu tun hat, die es in den sozialen Sicherungssystemen gibt.

Viele junge Menschen fragen: Geht das eigentlich gut? Hat das eigentlich noch Sinn? Wohin führt das Ganze? Das war in meiner Generation noch anders. In den 60er-/70er-Jahren hat man eine vielleicht illusionäre, aber doch feste Vorstellung davon, wie es ist, wenn man in existenziell problematische Situationen kommt, was Gesundheit angeht, was Rente angeht, was Arbeitslosigkeit angeht. Man hatte das Gefühl, das ist vereinbart und auf sicherem Weg. Wenn es diese Koalition schafft, liebe Genossinnen und Genossen, an dieser Stelle wieder Einvernehmlichkeit in vernünftiger Weise zu organisieren, dann wäre das für die Stimmung im Lande gut.

Einen Bundestagswahlkampf zu führen, in dem die eine Gruppe sagt, sie ist für die Bürgerversicherung, und in dem die andere sagt, sie ist für die Gesundheitsprämie/Kopfpauschale, das ist für diejenigen, die Wahlkampf machen, interessant. Damit kann man gut arbeiten. Für die Menschen bedeutet es aber eine hohe Verunsicherung. Das Gefühl, dass von Bundestagswahlergebnissen abhängt, wie es eigentlich weitergeht, und zwar in existenzieller Frage, ist nicht besonders gut für die Stimmung und für die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Deshalb müssen wir, wenn es um Gesundheit geht – das Thema ist angeschnitten –, versuchen, so viel wie möglich von der Bürgerversicherung umzusetzen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir etwas hinbekommen, das tragfähig ist und das langfristig hält. Ich empfehle an dieser Stelle auch noch einmal, zunächst die Ziele zu beschreiben, ehe man sich zu den Instrumenten verhält. Es ist eine Krankheit, die wir alle an uns haben. Irgendeiner hat ein Instrument, und darauf wird geballert.

Welches sind die Ziele?

Erstens. Wir wollen ein hoch qualifiziertes Gesundheitswesen, mindestens von der Qualität wie heute.

Zweitens. Es muss finanzierbar sein, d. h. man muss im System sparen, aber man muss auch dafür sorgen, dass das, was an zusätzlicher Dynamik im Gesundheitswesen steckt, auch finanziert wird und finanzierbar bleibt.

Das Gesundheitswesen ist die größte Branche, die wir haben. In diesem Bereich sind mehr als 4 Millionen Menschen beschäftigt. Das ist in erheblichem Maße Dienst

des Menschen am Menschen. Die Vorstellung, man könnte in einem solchen System dramatisch sparen, ist eine große Illusion; denn in diesem System steckt eine große Dynamik an Innovationen und an neuen Entwicklungen, die stattfinden. Ich will nicht über die Hüftgelenke sprechen, sondern über teurere Sachen. Eine junge Frau, 35 Jahre alt, Nierentransplantation – 150.000 oder 200.000 Euro – soll das sein? Natürlich! Vor 20 Jahren ging das noch nicht. Krebs therapieren – nicht 2.000 Euro, sondern 50.000 Euro – soll das sein? Ja. Es muss aber auch bezahlt werden.

Deshalb müssen wir, wenn wir daran gehen, dieses Gesundheitswesen für die Zukunft sicher zu machen, beides im Blick haben: Kann man im System noch sparen? Kann man dafür sorgen, dass nicht die großen Apparate und die, die sie haben, das große Geld abschöpfen? Kann man dafür sorgen, dass die niedergelassenen Ärzte, die Hausärzte und diejenigen, die als Pflegerinnen und Pfleger unterwegs sind, besser dastehen als bisher? Es ist oft am Rande des Zumutbaren; ich weiß das. Was kann man tun, damit das Ganze finanzierbar bleibt? Kann man ambulante und stationäre Einrichtungen besser miteinander verbinden und dafür sorgen, dass dort, wo es noch möglich ist, Effizienz verbessert wird? Das alles sind Dinge, über die wir in den nächsten Tagen und Wochen miteinander zu reden haben.

Die großen sozialen Sicherungssysteme, liebe Genossinnen und Genossen, haben natürlich auch erheblich mit der demografischen Entwicklung zu tun, in der wir uns bewegen. Das Schöne an dieser demografischen Entwicklung ist: Wir leben länger, und zwar ziemlich gesund. Diejenigen, die in Deutschland 85 Jahre alt sind, brauchen zu 7 % dauerhaft Hilfe. Wir leben sechs bis sieben Jahre länger als diejenigen, die 1960 vergleichbar alt waren. Wir gehen aber im Schnitt in diesem Land nicht mehr mit 14 oder 15 in die Jobs, wie das bei vielen von Euch und auch bei mir noch der Fall war, sondern mit 21. Und wir gehen im Schnitt nicht mit 63 oder 65 in Rente, sondern mit 60,5.

Zwischen 21 und etwas mehr als 60, das sind 39 Lebensarbeitsjahre, nicht 45 und nicht 50. Diese 39 Lebensarbeitsjahre müssen alles erwirtschaften, was man braucht – auch das, was vor den 21 Jahren und was danach kommt. Die ganze große Zahl der Arbeitslosen steckt mit in diesen 39 Jahren drin. Wir leben länger, wir beziehen sechs oder acht Jahre länger Rente, und in den nächsten 20, 25 oder 30 Jahren – so sagen die Forscher, die sich damit beschäftigen – wird die Lebenserwartung noch

einmal etwa 2,5 Jahre wachsen. Das ist gut. Wir klopfen auf Holz – hoffentlich sind wir mit dabei.

Aber wenn man darunter einen Strich macht – später in den Beruf, früher raus, länger leben, länger Rente zahlen –, dann musst man gar kein Mathematiker sein, sondern es reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen, dass das nicht gutgehen kann. Wir werden uns dieser Wahrheit stellen müssen.

Die Koalition hat vereinbart und der Parteitag der SPD hat beschlossen, dass wir bei all dem, was wir zu dem Bereich Rente bzw. Rentensicherung tun, auch den Weg gehen, das Renteneintrittsalter schrittweise von 2012 zu 2029 hin, von 65 auf 67 zu erhöhen. Zugleich gilt, dass diejenigen, die 45 Versicherungsjahre haben, unverändert mit 65 ohne Abzug ihre Rente bekommen. Das ist der Beschluss. Man kann nun dafür oder dagegen sein. Der Parteitag jedenfalls hat es beschlossen. Das steht im Koalitionsvertrag, und wir sind auf dem Weg, darüber zu sprechen, wie man es genau ausgestaltet.

Welche Rolle spielt dabei die Erwerbsminderungsrente? Ich weiß natürlich, dass unterschiedliche Berufe unterschiedliche Belastungen mit sich bringen. Wir konnten bisher zwischen 60 und 65 in Rente gehen. Wenn man mit 60 in Rente ging, dann sind das, mit dem Abschlag 0,3 % im Monat, 18 % über die fünf 5 Jahre.

Im Jahre 2029 werden wir ein Fenster von 63 bis 67 haben, in dem man in Rente geht. Die Zahl 67 heißt nicht, dass dies zwingend für alle als Messlatte zum Ausscheiden aus der Beschäftigung vorgesehen ist, aber sie bedeutet, dass es bei denjenigen, die weniger als 45 Jahre dauerhafte Beschäftigung haben – ich weiß, es werden mehr –, mit 65 nur noch mit Abschlag geht.

Damit wird aber auch die längere Zahldauer der Rente für die Zukunft ausgeglichen. Diesen Weg werden wir gehen. Wir werden ihn durch zusätzliche private und betriebliche Altersvorsorge unterstützen. Es gibt hierbei eine gute Entwicklung. Inzwischen sind 5,6 Millionen Menschen in der Riester-Rente und 15,7 Millionen in der betrieblichen Altersvorsorge, einschließlich des öffentlichen Bereichs.

Diese beiden Bereiche wollen wir weiter stützen und unterstützen. Wenn man sich die langfristige Entwicklung ansieht, liebe Genossinnen und Genossen, dann erkennt man, dass die gesetzliche Rentenversicherung der Kernbereich der Alterssicherung

bleibt. Aber er wird weniger groß sein als bisher. Er muss um zusätzliche Altersvorsorge im privaten oder im betrieblichen Bereich ergänzt werden.

Das muss man weiterentwickeln. Damit haben die Tarifparteien in den vergangenen Jahren auch schon begonnen. Viele Tarifverhandlungen sind von der Frage bestimmt: Was kann man an dieser Stelle eigentlich tun, damit es dort vorangeht und damit wir dort zu vernünftigen Regelungen kommen, damit alle Kolleginnen und Kollegen möglichst in diese Sache eingeschlossen werden.

Wir müssen an zwei Stellen etwas tun. Das ist angekündigt und das wird in diesem Jahr konkretisiert. Wir müssen versuchen, dazu beizutragen, dass die jungen Menschen eher in die Beschäftigung oder in die Ausbildung kommen. Das heißt, das Programm für die unter 25-Jährigen muss verstärkt werden. Dafür muss mehr als bisher geworben und getan werden.

Es muss dafür gesorgt werden, dass diejenigen, die aus der Schule kommen, in Ausbildung und in Arbeit kommen. Diesbezüglich haben wir schon eine ganze Menge erreicht. Aber es kommt noch eines dazu, liebe Genossinnen und Genossen: 12 % derjenigen, die aus der Schule kommen, sind ohne Abschluss. Was machen wir eigentlich mit denen? Es ist ja nicht so, dass alle, die aus der Schule kommen, nur da stehen und einen Ausbildungsplatz suchen und es gibt keinen. Es gibt auch eine Menge, und zwar zunehmend mehr, die ohne Abschluss aus der Schule kommen. Auch dem müssen wir uns stellen. Das heißt, wir müssen prüfen, welche Instrumente wir finden, um im vorschulischen Bereich, in der Schule selbst, aber auch nach dem Verlassen der Schule, an die Ausbildungsfähigkeit heranzuführen. Ein Großteil der Gewerkschaften ist aktiv mit dabei.

Die Einstiegsqualifizierung, die wir entwickelt haben und in die im letzten Jahr einige zehntausend junge Leute hineingegangen sind, ist ein guter Versuch, diese jungen Menschen nach einem halben oder einem Dreivierteljahr so weit zu haben, dass sie in einen konkreten Ausbildungsplatz einsteigen konnten. Wir können doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass wir zunächst einmal anfangen müssen, beim Übergang von der Schule in die Ausbildung dafür zu sorgen, dass die jungen Leute, das auch können und dass sie von ihrer Qualifikation her die Chance haben, die Aufgaben einer Ausbildung anzunehmen und sie auch erfolgreich zu bestehen.

Ich verstehe Eure Zwischenrufe als Hinweis darauf, dass die Unternehmen nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das können wir gemeinsam

gerne laut sagen; ich bin gerne mit dabei. Die Frage ist, wer es erzwingen kann. Wir haben einige Jahre intensiv daran gearbeitet und einen Ausbildungspakt vereinbart, der eine ganze Menge erreicht hat. Im vergangenen Jahr waren es 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze. Einige von Euch wollen offensichtlich, dass man mit einem großen Instrument dort herangeht. Aber der Hebel, an dem wir sitzen, ist kurz. Wer die duale Ausbildung will, wer will, dass die Betriebe auch in Zukunft in die Ausbildung einbezogen sind, der muss wollen, dass wir die Betriebe so stark wie möglich einbeziehen und sie dazu bringen, dass sie diese Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Zwangsinstrumente werden nichts nutzen. Dann haben wir ruckzuck, liebe Genossinnen und Genossen, nichts weiter als die Ausbildung in der Schule. Ich will das nicht. Die duale Ausbildung ist ein hohes Gut, und wir müssen alles dafür tun, dass wir sie auch in Zukunft in Deutschland behalten. Drohen hilft überhaupt nichts. Wir müssen gucken, dass wir an dieser Stelle einen Weg der Vernunft finden.

Wir werden zusätzlich etwas in dem Bereich „Initiative 50plus“ tun. Es gibt schon eine ganze Reihe von Instrumenten, die zum Teil weniger, zum Teil mehr genutzt werden. Wir werden daran arbeiten und Mitte des Jahres einen kompakten Vorschlag dazu machen, weil es so nicht weitergeht. 50 % der Betriebe haben keine Beschäftigten, die älter als 50 sind. Von denen, die 55 und älter sind, sind 42 % berufstätig, 58 % nicht. Die Männer bekommen zu 33 % ihre Rente mit 65, die anderen früher, zum Teil sogar deutlich früher, Frauen übrigens später als die Männer.

Das hängt damit zusammen, dass es seit den 80er-Jahren – in den 90er-Jahren immer stärker – eine Mentalität in diesem Land gibt, die so tut, als wenn 50- oder 55-Jährige zu nichts mehr zu gebrauchen wären. Leider haben wir nicht immer hinreichend stark widersprochen. Das erzähle ich auch meinen Gewerkschaften. Wir müssen deutlich machen, dass Leute mit 55 und 60 nicht so schnell laufen wie 25-Jährige, aber sie wissen etwas, sie können etwas, sie haben Erfahrung, sie haben Teamfähigkeit. Diese Generation ist kein altes Eisen. Die Menschen können etwas und müssen eine ehrliche Chance am Arbeitsmarkt haben. Das muss das Ziel in dieser Gesellschaft sein.

Deshalb sage ich denjenigen, die zum Beispiel sagen, wir müssten etwas tun, wir bräuchten 20.000 Ingenieure in diesem Land – das sagen ja einige –, also macht das Tor auf und holt die aus der Welt zusammen: Nein, so ist das bei mir nicht gemeint.

Ich will, dass die Arbeit, die es in diesem Lande gibt, von den Menschen getan wird, die legal in diesem Lande sind. Das heißt, wir holen nicht zigtausend Qualifizierte irgendwo aus der Welt hierher, sondern wir müssen dafür sorgen, dass die arbeitslosen Ingenieure mit 45 oder 50 eine Qualifikation und Weiterbildung bekommen, so dass sie diese Arbeit hier im Lande tun können. Das ist der einzig vernünftige Weg, und dafür streite ich, liebe Genossinnen und Genossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich einige Worte zu einem Thema sagen, das in den letzten Tagen mit großer Wucht kommt: Die Frage der Integration. Die Frage lautet: Wie ist eigentlich das Verhältnis in diesem Land zwischen denen, die hier geboren sind, und denen, die aus dem Ausland hierher gekommen sind oder deren Eltern aus dem Ausland hierher gekommen sind und die jetzt hier leben? Offensichtlich ist das Problem der Integration nicht auf dem Weg der Lösung, sondern es hat sich in den vergangenen Jahren eher verstärkt. Dafür gibt es ganz konkrete Beispiele.

Lasst mich vorweg sagen: Die Sozialdemokraten wollen, dass dies eine liberale und offene Gesellschaft ist. Kein Mensch in diesem Land, ob er eine andere Hautfarbe oder eine andere Religion hat, oder worin auch immer er sich von den anderen unterscheidet, soll, weil er in der Minderheit ist, Angst in diesem Land haben. Wir wollen eine liberale, offene Gesellschaft sein, die in sich solidarisch ist. Ich sage denjenigen auch – einigen beim Koalitionspartner, nicht an der Spitze, aber am Rande –: Hört auf, an dieser Stelle zu zündeln. Wer meint, man könne sich aus parteipolitischen Gründen die Ausländer vornehmen und sie diskriminieren, der irrt sich sehr. Das ist nicht gut für die Demokratie. Das können wir miteinander nicht wollen, und das wird es mit uns auch nicht geben, liebe Genossinnen und Genossen.

Es geht nicht um eine Veränderung des Zuwanderungsgesetzes, sondern es geht um die Frage: Was tun wir, damit Integration klappt? Das gilt für beide. Das gilt für die Einheimischen und das gilt für diejenigen, die hinzugekommen sind. Beide haben das in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht so ernst genommen, wie es eigentlich nötig gewesen wäre. Die Grundlage ist unser Grundgesetz. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ihr habt das in Eurem Motto für den Kongress; das ist völlig richtig. Das, was im Grundgesetz als Rechte und Pflichten steht, gilt für alle. Deshalb müssen wir, wenn man über Integration spricht, dort vorne anfangen.

Berlin hat übrigens – ich sage das, weil über diese eine Schule in der letzten Woche so viel gesprochen worden ist; daran wird vieles festgemacht – vor Jahren

damit begonnen. Ich glaube, dass man auf einem guten Weg ist; es hat sich nur noch nicht an allen Stellen hinreichend ausgewirkt, weil man es in den vergangenen Jahrzehnten hat liegen lassen.

Die Berliner haben einen Sprachtest für Kinder im Alter von fünf Jahren eingeführt. Dort, wo sich herausstellt, dass die Kinder die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschen, haben sie einen Anspruch auf 300 Stunden Sprachförderung. Die Berliner laden die Familien und die Mütter ein, denn es ist besonders wichtig, dass die Mütter an die Sprache herangeführt werden, weil dort zu Hause oft nicht die nötigen Impulse gegeben werden können. Die Mütter sind bei diesen Familien sehr oft zu Hause; die Väter sind nicht da. Berlin hat für sich geregelt, dass erst nach der Klasse 6 entschieden wird, ob der Einzelne in eine weiterführende Schule und in welche geht. Das ist eine vernünftige Sache. Das ist ein Übel, das in vielen Ländern noch vorhanden ist – nicht in allen gleich, aber das ist eine Herausforderung an die Länder: Man kann nicht in der 4. Klasse sehen, ob ein Mädchen oder ein Junge für das Gymnasium oder für die Hauptschule beziehungsweise für welchen Beruf auch immer geeignet ist, sondern sie müssen eine längere Zeit für die Entscheidung haben, ehe man endgültig sagt, wie es bei denen laufen soll.

Berlin hat den ersten Platz in der Bundesrepublik, was Ganztagschulen angeht. Berlin hat das Geld, das wir als Bund zur Verfügung gestellt haben, genommen und davon Ganztagsgrundschulen gebaut. Man ist dort auf einem guten Weg, aber es muss trotzdem besser werden. Das gilt für andere Länder allerdings auch. Es ist angekündigt, dass es dazu auf Bundesebene Gespräche geben wird. Das wird den Innenminister, den Beauftragten für Integration, aber auch den Städtebauminister – Stichwort: soziale Stadt – angehen. Es wird auch meinen Bereich, Arbeit und Soziales, angehen. Das heißt, wir werden all diejenigen an den Tisch holen, um miteinander darüber zu sprechen, was zu tun ist.

Allerdings warne ich vor einer Illusion: Dass man sozusagen auf Bundesebene mit irgendeinem genialen Plan auf einen Schlag das Problem lösen kann. Wir müssen neben dem, was der Bund zu tun hat, auch die Länder, die Kommunen und die gesellschaftlichen Gruppen an den Tisch holen. Das ganze Problem wird man nur lösen, wenn Kommunen, Länder, Bund, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Migranten und Einheimische an einem Strang ziehen, und zwar in dieselbe Richtung und gleichzeitig. Wenn die eine oder andere Gruppe nicht mithilft, dann wird man es nicht erfolgreich beantworten können.

Wir machen einen Integrationsgipfel – das ist eine schöne Melodie –, aber man wird es an dieser Stelle nicht alleine regeln können. Viele andere ganz konkrete Sachen gehören dazu. Zum Beispiel auch die Erwartung an die türkische Gemeinde, dass sie dafür sorgt, dass ihre Jugendlichen in ihren Unternehmen Ausbildungsplätze bekommen, damit sie eine Chance am deutschen Arbeitsmarkt haben. Auch das gehört dazu, und das machen schon viele. Man muss dafür sorgen, dass sie zusätzliche Unterstützung bekommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die vier Jahre in dieser Koalition werden anstrengend sein. So ist es nun einmal in Koalitionen. So war es in der Großen Koalition von 1966 auch. Ich bin aus einer Altersklasse, die schon erlebt hat, wie es damals gewesen ist. Ich war damals Jungsozialist. Wir hatten natürlich viele Briefe an Herbert Wehner geschrieben, er solle den Mist mit der Großen Koalition sein lassen. Das hat er aber nicht gemacht. Er hat es trotzdem gemacht und hat wahrscheinlich sogar Recht gehabt.

Die Partei war auch damals, was diese Große Koalition anging, hoch emotionalisiert. Sie begann 1966. 1968 hat die SPD damals, nach fast 18 Monaten, einen Parteitag gemacht. Ich glaube, es war ein Parteitag in Karlsruhe. Sie hat auf dem Parteitag darüber beraten, ob sie eine Große Koalition machen soll. Damals lief sie aber schon 17 Monate lang. Auf dem Parteitag wurde sie dann mit vier Stimmen Mehrheit beschlossen, die Große Koalition, die schon 17 Monate lang lief.

Ich will damit nur sagen: Was die Legenden angeht, was Diskussionen angeht, was Emotionen innerhalb der Partei angeht, so war es damals nicht anders als heute. Das schadet uns nicht, und das steht uns auch gut zu Gesicht. Ich will nicht in einer Partei sein, die Schmalspur fährt, aber ich will, dass wir in dieser Partei offen diskutieren und dass wir uns gegenseitig, jeder in seiner Rolle, akzeptieren. Ein AfA-Bundeskongress hat eine andere Funktion als jemand, der als Arbeits- und Sozialminister auf der Basis eines Koalitionsvertrags Regierungsarbeit für die Partei zu machen hat. Das muss man gegenseitig wissen. Wir sind in einer Mannschaft. Jeder hat seine Rolle zu spielen, und wir müssen fair miteinander umgehen. Ich bitte um das Vertrauen dafür. Ich denke, das habe ich mir verdient. Ich habe auch das Vertrauen in Euch, dass Eure Kritik und Eure Hinweise konstruktiv sind und ein Ziel haben: Wir wollen dafür sorgen, dass die sozialdemokratische Idee in diesem Land nicht zermahlen wird zwischen den Konservativen rechts, die eigentlich den puren Marktradikalismus wollen, und Linkspopulisten, die glauben, man könne aus der

Lebenswirklichkeit aussteigen. Beides ist falsch. Wir müssen einen sozialdemokratischen Weg des Realismus gehen, aber auch einen Weg, der sich auf Grundsätzen gründet, die unabweisbar sind und die auch in Zukunft gelten. Die Sache mit der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist unsere Sache; sie gehört nicht anderen Parteien. Also helft mit!

Es ist wohl wahr, dass in einer Zeit der Globalisierung Bundesarbeit beziehungsweise Entscheidungen auf Bundesebene schwieriger und komplizierter sind als früher. Helmut Schmidt war in der vergangenen Woche bei uns in der Fraktion und hat noch einmal von 1966 bis 1969 erzählt. Er hat auch beschrieben, dass Plisch und Plum, Schiller und Strauß – die Alten kennen die Namen noch – andere Bedingungen für nationale Lösungen hatten. Er hat auch festgestellt, dass es bestimmte Dinge gibt, die man national nicht mehr lösen kann. Manche glauben, man könne für oder gegen Globalisierung sein, liebe Genossinnen und Genossen. Das geht aber nicht; denn die Globalisierung ist vorhanden. Das hat damit zu tun, dass die Mobilität der Menschheit in den vergangenen Jahrzehnten derart zugenommen hat, wie es heute der Fall ist. Die Grenzen sind offen. Das Geld ist weltweit unterwegs, und die Märkte auf der Welt sind offen. Die Fähigkeit der Menschen, Menschen und Güter und vor allen Dingen Informationen rund um die Welt zu transportieren, und zwar ziemlich schnell, hat dazu geführt, dass diese Welt eine große Stadt geworden ist. Alle, die glauben, man könnte im Notfall unsere eigene Seele und den Wohlstand in Deutschland retten, soll die Welt doch machen, was sie will, irren sich sehr. Wir sind darauf angewiesen, aber wir brauchen globale soziale Regeln in einer Zeit der Globalisierung.

Der Kapitalismus, liebe Genossinnen und Genossen, sieht heute anders aus. Es ist nicht mehr der von vor 200 Jahren oder vor 150 Jahren. Damals musste man um eine Kaffeepause und darum kämpfen, dass Kinder nicht arbeiten müssen. Heute müssen wir darum kämpfen, dass wir in einer derart geöffneten globalisierten Welt miteinander, Arbeitgeber und Arbeitnehmer – die Sozialdemokraten vorne an –, Regeln dafür finden, wie in einer solchen Welt denn eigentlich gehandelt werden soll. Die Finanzindustrie, die in dieser Welt dabei ist, die Oberhand zu gewinnen oder sie zu suchen, muss ihre Grenzen finden.

Ich sage ausdrücklich auch hier: Ich kenne viele Unternehmer und Unternehmerinnen, die mit ihrer Funktion als Arbeitgeber vernünftig umgehen. Es ist inzwischen aber leider eine Finanzindustrie unterwegs, die keine Rücksicht auf

Betriebe, keine Rücksicht auf Unternehmertum und keine Rücksicht auf Arbeitsplätze nimmt, sondern die irgendwo eines kurzfristigen Profits wegen über Arbeitsplätze entscheidet – Daumen rauf, Daumen runter. An der Stelle sagen mir dann die Manager: „Es ist ja ganz nett und moralisch, was Sie sagen, aber hören Sie doch auf damit. Geld regiert die Welt, da kann man halt nichts machen.“ Ich sage Euch, liebe Genossinnen und Genossen: Nicht mit mir und hoffentlich nie mit der SPD! Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Geld die Welt regiert. Wir müssen, auch wenn es schwer fällt, zusammen mit den Gewerkschaften Instrumente suchen, mit denen man soziale Regeln in einer globalisierten Welt schafft. Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Die Priorität beziehungsweise das Primat der Politik ist nicht verhandelbar. Das ist meine Sicht der Dinge, liebe Genossinnen und Genossen.

Also werden wir versuchen, unser Bestes daraus zu machen. Es wird viele heiße und interessante Diskussionen geben. Ich bin immer mit dabei. Ich weiß auch, keiner hat von Anfang an die Wahrheit auf seiner Seite. Es lohnt sich immer zuzuhören. Manchmal lohnt es sich wirklich, einen Gedanken von jemand anderem noch einmal aufzunehmen. Es könnte ja sein, dass er auch ein bisschen Recht hat. Ich sage sogar, die SPD allein hat nicht Recht, sondern manchmal haben auch andere ein bisschen Recht, und das sollte man sich auch einmal überlegen.

Zwei Dinge stehen immer als Konflikt nebeneinander: 1. Was tue ich, damit die sozialdemokratische Idee erkennbar ist und die SPD das Vertrauen der Menschen hat? 2. Wie löse ich die Probleme des Landes? Das ist nicht ohne Weiteres und immer voll identisch; das kneift sich manchmal. Es geht darum, auf welche Kompromisse man sich einlässt und was man tun kann.

Jedenfalls sage ich Euch, dass ich meine alte Lebensweisheit, dass Opposition Mist ist, nicht aufgegeben habe. Ich glaube, dass es in der Situation, in der wir sind, besser ist, das, was möglich ist, dafür zu tun, dass viel sozialdemokratisches Gedankengut in die Politik der Bundesrepublik einfließt, als beiseite zu stehen, einen schönen Wunschkatalog zu haben, fein dazustehen, sich aber der konkreten Arbeit zu verweigern.

Ich will meinen Teil dazu beitragen und bitte um intensive, konstruktive, kritische, aber im Letzten doch solidarische Zusammenarbeit. – Vielen Dank und Glück auf!